



Nr. 168.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Ercheinungswelle: 6 mal wöchentlich. Anzeigenspreis: Die kleinste Zeile 20 Pfg., Reklamen 50 Pfg. — Schluss der Anzeigenaufnahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprenger 9.

Donnerstag den 17. Juli 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtlöhne M. 8.80 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbortortbezugs M. 8.50, im Fernverkehr M. 8.00, Beleggeld 30 Pfg.

Zur äußeren Lage.

Die englische Mordtat in Scapa Flow.

Berlin, 15. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Durch die völkerrechtswidrige unmensliche Beschneidung der wehrlosen Besatzungen der deutschen Rettungsboote bei der Versenkung der Kriegsschiffe in Scapa Flow haben nach den bisherigen Ermittlungen außer dem Korvettenkapitän Schumann noch ihr Leben verloren: Torpedomaschinist Wilhelm Margraf und die Torpedobermaschinenführer Friedrich Bede und Gust. Pantkath. Alle drei gehörten zur Besatzung des Torpedobootes V 126. Eine endgültige Feststellung der Zahl und Namen der Getöteten, sowie der Verwundeten hat sich infolge Ausbleibens einer englischen Antwort auf eine am 29. 6. deutscherseits ergangene Anfrage trotz aller Bemühungen noch nicht ermöglichen lassen. Der getretete Teil der Besatzungen ist vermutlich in den Gefangenenlagern in Oswestry b. Cherbourg und Walefjel bei Hull interniert.

Die Ablieferung der deutschen Handelsflotte.

Hamburg, 16. Juli. Nach den Bestimmungen der Waffenstillstandskommission sind bisher von den im Hamburger Hafen liegenden oder in Hamburg beheimateten Schiffen 103 Dampfer mit einem Gesamttonnage von 1162 521 Nettotonnemeilen an die Entente zur Ablieferung gekommen. Hiervon entfallen auf die Hamburg-Amerika Linie 31 Dampfer mit 417 045 Kubikmeter.

England führt den Krieg gegen Deutschland mit andern Staaten weiter.

London, 15. Juli. (Reuter. Unterhaus.) Im Verlaufe der Diskussion über den Vorschlag des Ausschusses für Propaganda im Auslande teilte Kamsdorch mit, es sei beabsichtigt, in die wichtigsten Länder, Holland und Skandinavien Vertreter zu entsenden, die über die Richtung der öffentlichen Meinung in diesen Ländern und über Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um irgend welchen feindlichen Einflüssen entgegen zu treten, Bericht erstatten sollen.

Der „Völkerbund“.

Paris, 16. Juli. Die Friedenskommission der Kammer, die gestern die Beratungen über den Friedensvertrag fortsetzte, beschloß, Ministerpräsident Clemenceau über die Frage des linken Rheinuferes und andere Gebietsfragen zu hören. Danach gab der Minister des Auswärtigen, Richon, Erklärungen über den Völkerbund ab, der nach seiner Ansicht gegenüber früher einen ungeheuren Fortschritt bedeutet, da alle ihm angeschlossenen Völker ihre Streitigkeiten einem Standrechtsschiedsgericht unterbreiten müßten. Deutschland könne nur Mitglied werden nach der allgemeinen Abstimmung und nachdem es seinen guten Willen durch seine Haltung und hauptsächlich durch Ausführung der Friedensbedingungen bewiesen habe. Richon übergab schließlich die Unterlage Bourgeois über die Kontrolle der Rüstungen. Nach ihm suchte Charles Benoist zu beweisen, daß das Saargebiet ehemals französisch gewesen sei.

Wilson.

Amsterdam, 16. Juli. „Telegraaf“ zufolge erklärte Wilson in seiner Rede unter anderem noch, die Mitglieder der Friedenskonferenz hätten dauernd versucht, ihre Interessen den Grundfragen anzupassen, über die man übereingekommen war. Diese Aufgabe sei sehr schwierig gewesen. Der Friede sei unmöglich, ohne daß die Ordnung der Dinge in Mitteleuropa nach eigenem Recht geregelt werde und eine Neuordnung geschaffen werde, die sich auf die freie Wahl der Völker statt auf die Willkür der Habsburger und Hohenzollern gründe. Bei der Bildung dieser neuen Staaten konnte keine natürliche Grenze gefunden werden. Deutschland habe seine Kolonien abtreten müssen, da es sie nicht verwalten, sondern nur ausgebeutet habe, ohne den Rechten der Eingeborenen Rechnung zu tragen. Diese hätten bisher in der Finsternis gelebt und ihnen müsse geholfen werden. — Diese Lüge und Heuchelei ist himmelschreiend.

Die Begründung des Generalsstreiks durch die französischen Gewerkschaften.

(A.B.) Paris, 15. Juli. Der Verwaltungsrat der Gewerkschaften erläßt einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen in Stadt und Land, in dem er sie nachdrücklich auffordert, laut Beschluß des Nationalausschusses vom 27. Mai am 21. Juli in einen selbständigen Generalsstreik einzutreten. Das sei eine Bewegung, die von den Proletariaten Italiens und Englands unterstützt werde. Seit 8 Monaten verlangten die

Arbeiter Frankreichs vollständige Demobilisierung, Vorbereitung der Abrüstung, Aufhebung des bewaffneten Widerstandes in Rußland und Ungarn auf Grund des Rechts jedes Volkes, frei über sich selbst zu verfügen, ferner Amnestie politischer und militärischer Verurteilter und schließlich Wiederherstellung der konstitutionellen Freiheiten, vor allem Aufhebung der Zensur. In allen diesen Punkten habe die Regierung nur versprochen, aber nicht unternommen. Dazu komme, daß sie weder gegen die Lebensmittelsteuer, noch für die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens, noch gegen die Not etwas praktisch zu Verwirklichendes unternommen habe. Aus diesem Grunde müsse das Proletariat dem Verlangen der Gewerkschaften auf einen Generalsstreik am 21. Juli notwendig seine Unterstützung geben.

Zum bevorstehenden Generalsstreik in Italien.

Bern, 16. Juli. Zu dem am Sonntag beginnenden Generalsstreik in Italien, zu dem übrigens die bürgerliche Presse Nachrichten über Nichtbeteiligung kleiner Gruppen bringt, schreibt „Avanti“, in ganz Italien sei eine Tagesordnung der Arbeiterparteien angenommen worden, in der der russischen und ungarischen Republik Grüße entboten und die Einstellung jeder militärischen Operation gegen diese beiden Republiken verlangt wird.

Ein neuer Balkanbund?

Bern, 16. Juli. Aus Paris wird gemeldet, daß die Friedensbedingungen für Bulgarien insofern eine gewaltige Ueberraschung hervorrufen werden, als den Bulgaren im Gegensatz zu ihren früheren Verhandlungen sehr günstige Bedingungen auferlegt werden. Die „Liberte“ behauptet, daß Bulgarien seinen alten Besitzstand von 1913 erhalten solle. Diesen Umstimmung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß Griechenland und Serbien ihre ursprünglichen Forderungen erheblich gemäßigt haben, um neuen Konfliktstoff zu vermeiden. Wie es heißt, wollen Griechenland und Serbien enge freundschaftliche Beziehungen zu Bulgarien herstellen. Aus Wien und Sofia wird bereits gemeldet, daß zwischen den drei Staaten Verhandlungen zur Errichtung eines neuen Balkanbundes eingeleitet wurden, die einen günstigen Verlauf nehmen. Hierbei handelt es sich vornehmlich um ein enges wirtschaftliches Zusammenarbeiten, während in politischer Hinsicht jeder Staat volle Unabhängigkeit behält. Den Anlaß zu den neuen Bündnisverhandlungen hat die Beforgnis gegeben, daß eine oder mehrere Großmächte sich auf dem Balkan ein wirtschaftliches oder politisches Übergewicht sichern können, wenn die in Betracht kommenden kleinen Mächte sich nicht zu einem Bloß zusammenschließen.

Die Kämpfe der Polen gegen die Ukrainer.

Wien, 17. Juli. Lemberger Blätter berichten, daß die polnischen Truppen am 15. 7. morgens Larnopol genommen hätten und daß Demikins Truppen weiter nach Osten vordringen, um noch vor dem Herbst die ganze Ukraine zu besetzen. Seine Armee von jetzt 200 000 Mann wachse beständig. Nach Krakauer Blättern soll Ogalizien in der Form Autonomie erhalten, daß sein eigenes Parlament die Angelegenheiten der Kultur, des Verkehrs, der örtlichen Selbstverwaltung usw. regelt und das Ukrainische neben dem Polnischen Amtssprache wird.

Warum Japan die chinesische Halbinsel

Schantung erhielt.

Amsterdam, 16. Juli. „Daily Herald“ meldet aus Paris, man gebe jetzt zu, daß Lanfing, White und General Pitt, das ist die Mehrheit der amerikanischen Delegation, dem Präsidenten Wilson einen schriftlichen Protest gegen die Zumeisung Schantungs an Japan unmitteibar nachdem diese Zumeisung beschlossen worden war, überreicht habe. Präsident Wilson erwiderte, daß es notwendig gewesen sei, einen der 14 Punkte zu verletzen, um zu verhindern, daß die Japaner aus der Konferenz ausscheiden. Ihr Ausscheiden würde den Weltfrieden gefährden, besonders da Italien schon gedroht habe, wegen Fünne die Konferenz zu verlassen. Senator Borah, das Haupt der Wilsongegner im amerikanischen Senat, hat verlangt, daß der Brief veröffentlicht werde. Lanfing hat sich bei seiner Abreise aus Paris amerikanischen Pressevertretern gegenüber offen und pessimistisch ausgesprochen. Er erklärte, Optimismus sei nicht gerechtfertigt und bedeute angesichts der vielen Keime Kriege, die jetzt noch geführt werden, eine Vogel Straußpolitik. Die Weltpolitik werde in den nächsten Jahren gewaltig auf die Probe gestellt werden. Man brauche eine entschlossene öffentliche Meinung als ein Hindernis für dunkle Pläne. Internationale Zusammenarbeit sei notwendig, um eine Rückkehr zu egoistischem Partikularismus zu verhindern.

Aus dem feindlichen Ausland.

Die Entrüstung der Franzosen über den Fall Mannheim.

Paris, 16. Juli. Die gesamte Pariser Morgenpresse gibt die Nachricht vom Tode des französischen Sergeanten in Berlin wieder. Nur wenige Blätter knüpfen daran eine Bemerkung. Am schärfsten äußert sich „Journal“, in dem Drie den Eindruck zu erwecken sucht, als handele es sich bei den Zusammenstößen französischer Soldaten mit Personen in Berlin um einheitliche vorbedachte Handlungen. Wenn die deutschen Behörden nicht in der Lage seien, französische Soldaten schützen zu lassen, müßten sich diese selbst Schutz verschaffen. „Matin“ verlangt, daß die französischen Soldaten in Berlin die Erlaubnis erhalten, Waffen zu tragen. Marschall Foch soll von der deutschen Regierung die Zahlung von 100 000 Franc. Schadenersatz an die Familien der Verstorbenen verlangt haben. Außerdem habe er eine Strafe von 1 Million Francs verlangt.

Berlin, 16. Juli. Die Pariser Abendblätter beschäftigen sich sämtlich mit dem Fall Mannheim. Sie sagen einmütig, daß die alldeutschen Blätter seit Wochen nicht aufgehört hätten, gegen jede Wahrheit fortgesetzt zu behaupten, das französische Militär in Berlin hätte eine aufreizende Haltung eingenommen. Der „Temps“ behauptet, einzelne deutsche militärische Chefs hätten aggressive Reden gegen die Franzosen gehalten und es sei leicht vorauszu sehen gewesen, daß diese Aufreizungen schließlich zu Blutvergießen hätten führen müssen. Der „Temps“ hebt besonders hervor, daß der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Freiherr v. Versner, in einer eigenhändig unterschriebenen Note am 14. Juli der französischen Regierung das ausdrückliche Bedauern der deutschen Regierung über den Vorfall ausgesprochen und Wiedergutmachung angeboten habe. Nach einem Abendblatt soll Marschall Foch verlangt haben, daß Sergeant Mannheim mit militärischen Ehren beigelegt werde. Besonders heftig besprechen „Intransigeant“ und „Liberte“ den Zwischenfall. Jenes Blatt sagt, es sei notwendig, daß die Regierung in Berlin das deutsche Volk davon verständige, daß, im Falle sich derartige Vorfälle wiederholten, das ganze Land für das Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werde. Auch der Emscher Zwischenfall wird vom „Intransigeant“ mit den Berliner Vorfällen in Beziehung gebracht. Nach ihm soll auch eine deutsche Frau auf einen französischen Telegraphisten geschossen und ihn verwundet haben. „Liberte“ schreibt, die Unerschämtheit der Besiegten kennt keine Grenzen, seitdem sie wissen, daß eine deutschfreundliche Minderheit bei uns Aufreizungen gestattet, um die Ratifizierung des Friedensvertrages zu verhindern. Nach der „Liberte“ hat man es mit einem alldeutschen Verbrechen zu tun. Die Ermordung Paul Mannheims sei die logische Folge anderer unbefragt gebliebener deutscher Missetaten und der Versenkung der Flotte bei Scapa-Flow und der Verbrennung der französischen Fahnen in Berlin. — In Frankreich aber darf jeder Deutsche beschimpft und mißhandelt werden, ohne daß dagegen eingeschritten wird.

Englische Ausnahmegesetze gegen die Ausländer.

London, 17. Juli. (Reuter.) Forster teilte mit, daß die Zensur für Kabeltelegramme am 23. Juli um Mitternacht aufgehoben werde. Die Kommission zur Prüfung des Gesekentwurfs betreffend Ausländer fügte eine Bestimmung ein, durch die den Angehörigen früher feindlicher Staaten die Landung und der Aufenthalt in England während zweier Jahre nach Annahme des Gesetzes verboten wird, außer mit Erlaubnis des Staatssekretärs des Innern, die allein aus besonderen Gründen erteilt wird.

Bergarbeiterausstand in England.

London, 16. Juli. (Reuter.) 150 000 Bergarbeiter von West-Yorkshire haben gestern abend infolge des Abbruchs der Verhandlungen, die mit den Bergwerksbesitzern über die Entscheidung der Kohlenkommission geführt wurden, die Arbeit niedergelegt.

Die schwierige Wirtschaftslage in Italien.

(A.B.) Rotterdam, 15. Juli. „D. Telegraph“ meldet aus Mailand: Die Auflehnung des Volkes gegen die Teuerung der Lebensmittel und die heftigen Unruhen, die bei dieser Gelegenheit stattfanden, haben Italien in eine sehr schwierige Lage gebracht. In Hunderten von Städten fehlt es an Vorräten. Die Regierung bemüht

sich eifrig, die Lage zu beherrschen. In sämtlichen Dörfern und Städten sind die Magistrate Tag und Nacht damit beschäftigt, eine Lösung für das schwierige Problem zu finden. Die sozialistischen Organisationen vermehren dadurch, daß sie gegen die Herabsetzung der Löhne sind, die Schwierigkeiten. In ganz Italien kann man kein Paar Schuhe mehr kaufen. Alle Schuhläden sind ausgeraubt oder leer geplündert. In den Kaffees und Schankwirtschaften von Mailand kann man kein Bier mehr bekommen, da die Wirte sich weigern, das Bier zum halben Preise zu verkaufen. Die Kleidermacher weigern sich, Anzüge zuzuschneiden, da die Arbeiterbörse die Herabsetzung der Schneiderlöhne nicht gestattet. Die Bauern wollen ihre Erzeugnisse nicht zur Stadt bringen, da sie bei den herabgesetzten Preisen die Arbeitslöhne und sonstigen Ausgaben nicht decken können. Die Presse weist darauf hin, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes nicht in 24 Stunden durch einschlägige Maßregeln geregelt werden können. Hier und dort dauern die Unruhen an. Am Freitag kam es plötzlich einer Volkskundgebung zu einem Zusammenstoß mit Truppen, die Maschinengewehrfeuer abgaben u. 4 Personen töteten.

Aus der Nationalversammlung Die Frage der Abschaffung der Todesstrafe. Dadaistische Propaganda.

Bei Beratung des Verfassungsentwurfs in der Nationalversammlung wurde von sozialdemokratischer Seite ein Antrag eingebracht, einen Artikel über die Abschaffung der Todesstrafe in die Verfassung aufzunehmen, mit der Begründung, daß es Aufgabe des Staats sei, die Mißachtung des Menschenlebens zu beseitigen. Der Grundgedanke müsse praktisch werden, daß das Menschenleben unverletzlich sei. Von demokratischer Seite wurde die Aufnahme abgelehnt, weil diese Frage ins Gebiet des Strafrechts gehöre, und die Verfassung mit derartigen Einzelpunkten nicht belastet werden dürfe. Die Rechte trat für Beibehaltung der Todesstrafe ein mit der Begründung, daß der Staat gegen eine bestimmte Gattung von Verbrechen auf die Macht nicht verzichten könne. Es wurde dabei auch auf die Völkervereinigungen der Revolution hingewiesen. Wenn man vom rein menschlichen Standpunkt aus auch gegen die Todesstrafe ist, die nach der Erfüllung des Vertreters der Rechte grausam und schauerlich ist, so wird man doch sowohl vom juristischen als vom psychologischen Standpunkt aus nicht ohne Weiteres die Beibehaltung verurteilen können. Im allgemeinen wird die Todesstrafe, abgesehen von den Verbrechen gegen den Bestand der Staatsgewalt, doch nur bei vorbedachtem Mord ausgesprochen, während der Totschlag im Affekt nicht so schwer geahndet wird. Man muß sich doch darüber klar sein, daß seit Bestehen der Menschheit bis auf den heutigen Tag die Sicherheit des Einzelindividuum wie der Gemeinschaft nur durch Abschaffung mehr oder weniger schwerer Strafen für Verbrechen gegen das Eigentum oder das Leben in gewissem Grade gewährleistet werden konnte. Wohin wir kommen, wenn Gesetze den niederen Instanzen keinen Halt gebieten, das haben wir sowohl bei der Verletzung des Bürgers und des Schwunders auf allen Gebieten wie andererseits auch bei den Minderungen, Gewalt- und Mordtaten anlässlich der paratistischen Putzungen gesehen. Die Unabhängigen, die sich mit so hohem stilkem Pathos für die Abschaffung der Todesstrafe eingesetzt haben, erscheinen uns angesichts der Neigung ihrer Führer, bei jeder Gelegenheit Putzungen zu inszenieren, die zu Gewalttaten und Totschlag führen, nicht die geeigneten objektiven Beurteiler in dieser Frage. Es handelt sich doch eigentlich darum, wie der Mord am besten verhindert werden kann, und das kann nach den bisherigen Erfahrungen mit der menschlichen Psyche doch nur dadurch geschehen, daß man auf dieses schrecklichste aller Verbrechen auch die schwerste Strafe setzt. Man muß beachten, daß es sich hier in den meisten Fällen um Elemente handelt, die keinerlei sittlichen Gedankengängen zugänglich sind, auf die also nur die Furcht, selbst das Leben einzulassen, hemmend zu wirken imstande ist, denn die Zuchthausstrafe, bei der man ja auch noch begnadigt werden kann, wird von solchen Menschen nicht allzusehr gefürchtet. Es ist statistisch nachgewiesen, daß in allen Staaten, in denen die Todesstrafe abgeschafft worden war, die Mordfälle sich vermehrt haben. Daß aber die Todesstrafe nicht allzuoft durchgeführt wird, dazu besteht ja das Begnadigungsrecht der Regierung, das in unserer Zeit sicherlich nicht zu engherzig gehandhabt werden dürfte. Wenn einmal im Bewußtsein jedes Menschen sich das Empfinden festgesetzt hat, daß das Leben des Nächsten so heilig ist wie das eigene, dann wird die Todesstrafe von selbst fallen. Es handelt sich hier nicht um ein Ausnahmengesetz, das nur Angehörige der untersten Schichten des Volkes treffen kann, der vorbedachte Mord kann aus den verschiedensten Beweggründen heraus in allen Bevölkerungskreisen vorkommen. Ob nun die Todesstrafe anlässlich der Reform des Strafrechts aufgehoben oder beibehalten wird, kann heute noch nicht gesagt werden; wenn die Demokraten, wie ihr Führer Hauptmann, für die Abschaffung eintreten, so wird sie fallen. Bei der gestrigen Abstimmung über die Frage der Aufnahme in die Verfassung wurden die Anträge der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen abgelehnt.

Die Nationalversammlung bezieht dann weiter über die Grundrechte in der Verfassung. Der Artikel 117, der das Recht der freien Meinungsäußerung sicherstellt, also die Zensur abschafft, aber gleichzeitig auch Maßnahmen zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaupielungen (Kino, Theater usw.) zuläßt und zur Bekämpfung der Schundliteratur, wurde angenommen gegen die Anträge der Unabhängigen, die die Zensur, die doch nur dazu benützt werde, um die Filmvorstellungen im Interesse der Regierung (?) zu beeinflussen, abgeschafft wissen wollten.

Während der Abstimmung über diesen Artikel warf ein Besucher der Gallerie ein großes Paket Flugblätter und graue Karten in den Saal, die die Unterschriften „Dadaisten gegen Weimar“, „der dadaistische Zentralrat der Weltrevolution“ trugen, und in denen die Ankunft des Oberdada angekündigt wird. Da die Abgeordneten der Nationalversammlung, wie aus dem vom *Volksbüro* verbreiteten

Bericht zu ersehen ist, keine Stellung zu diesen „anregenden“ Flugblättern genommen haben, und auch die Mehrzahl unserer Leser kaum über die Bedeutung dieser Ausdrücke unterrichtet sein dürfte, so halten wir es für unsere Pflicht, unsere Leser darüber aufzuklären. Es handelt sich hier nämlich um ein geradezu weltbedeutendes Ergebnis der Sprach-„Forschung“, das in dem sogenannten Dadaismus niedergelegt wurde. Der Dadaismus geht von der Auffassung aus, daß alle Menschen ursprüngliche Verständigungslosigkeiten, und baut darauf sein System auf, das in der Zusammenstellung von solchen Urworten, wie sie besonders von Kindern gebraucht werden, besteht. Was mit dieser Uebersprache bezweckt werden soll, darüber sind sich die Gelehrten und wohl auch der Urheber dieser Erfindung noch nicht ganz klar. O. S.

Deutschland.

Die Frage der künftigen Finanzbeziehungen zwischen Reich und Einzelstaat.

Karlsruhe, 16. Juli. In der Sitzung des badischen Haushaltsausschusses vom 15. Juli machte Finanzminister Dr. Wirth über die Konferenz der Finanzminister der deutschen Gliedstaaten folgende Mitteilung: Es soll die Beschaffung über sämtliche Steuerquellen nur dem Reiche zukommen und die erzielten Einnahmen sollen nach einem noch aufzustellenden Schlüssel zwischen Reich, Ländern und Gemeinden unter Berücksichtigung der Lebensfähigkeit aller Beteiligten erfolgen. Die gesamte Finanzverwaltung der Abgaben soll von einer Zentralstelle einheitlich geleitet werden. Nach der Ueberzeugung des Finanzministers bedeutet dieses Verlangen der Reichsregierung das größte Opfer, das man einem Bundesstaate überhaupt zuzumuten könne. Das Verlangen bedeutet die Aufhebung der bundesstaatlichen Selbständigkeit. Es müsse dabei wohl beachtet werden, daß damit auch die Ausgaben der Bundesstaaten kontingentiert werden, und daß ihre künftige Entwicklung sich nur in allerengstem Rahmen vollziehen werde. Das Reich beabsichtige, die Bundesstaaten in einem noch zu bestimmenden Umfange teilnehmen zu lassen an den Ertragsquellen gewisser Steuern wie der Einkommensteuer und der Erbschaftsteuer. Die Bundesstaaten hätten dann noch die Gelegenheit, besondere Ertragssteuern oder etwa die Vermögenssteuer für sich auszubauen, sofern das Reich auf die bereits eingebrachte Vorlage der Vermögenssteuer verzichtet. Aber auch die Gemeinden verlieren das Selbstbestimmungsrecht über ihre wichtigsten Finanzquellen. Sie werden nach der Meinung der Reichsregierung sich vom Bundesstaate einen gewissen Teil der aufgetragenen Einnahmen, die vom Reiche erhoben werden, zubilligen lassen. Damit wird die finanzielle Selbständigkeit der Gemeinden im Wesentlichen beseitigt. Sie werden der strengen Aufsicht der Bundesstaaten hinsichtlich ihrer Ausgaben unterworfen. Der Finanzbedarf des Reiches, der Gliedstaaten und der Gemeinden wird auf annähernd 25 Milliarden Mark jährlich geschätzt. Dazu kommen noch die Lasten, die uns der Friedensvertrag mit Gewalt auferlegt hat. Der badische Landtag werde sofort zu dieser wichtigen Angelegenheit Stellung nehmen müssen.

Zum Wechsel im Reichswirtschaftsamt.

(W.B.) Berlin, 16. Juli. Der Nachfolger Wiffels im Reichswirtschaftsministerium, Robert Schmidt, hat in dem Kampf seines Vorgängers um die Planwirtschaft in vorderster Reihe teilgenommen. Die von Konrad Hainisch redigierte „Glocke“ teilt Auszüge aus einer Gegenschrift mit, die Schmidt in Beantwortung der Wiffelschen Denkschrift vor längerer Zeit dem Kabinett unterbreitet hatte. Schmidt weist Wiffels Kritik an den Leistungen des Koalitionskabinetts zurück. Die bisherigen Gesetzgebungsleistungen des Reichswirtschaftsamts hätten die Arbeiterschaft weder befriedigt noch beruhigt. Es müsse ein Petroleummonopol in Angriff genommen werden. Nicht minder wichtig sei die Herbeiführung eines Getreidemonopols und sehr wichtig erscheine die Inangriffnahme eines Tabakmonopols. — Zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt wurde nach der Zentrums-Parl.-Korresp. an Stelle Müllendorfs der frühere Vortr. Rat im Reichsamt des Innern, Wiffels, der in den letzten Monaten eine führende Stelle in der Firma Kruppe bekleidete, in Aussicht genommen.

Eine Republik Virensfeld.

Weimar, 16. Juli. Von maßgebender Seite wird uns mitgeteilt: In Virensfeld soll morgen der Landesausschuß, der unter dem Druck der Okkupationsmacht neu gewählt werden mußte, zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht die Loslösung von Oldenburg. Der Reichsregierung ist bekannt, daß sich hinter diesen Loslösungswünschen wesentlich andere, aufs schärfste zu verurteilende Bestrebungen verbergen, die auf einen Anschluß an das unter der Verwaltung des Völkerbundes stehende Saargebiet hinführen. Das würde ein wenigstens zeitweises Ausscheiden aus dem Reich bedeuten und zugleich eine widerrechtliche Verschlebung der Grenzen des Saargebietes, wie sie beim Friedensschluß festgesetzt worden sind. Die Bestrebungen verstoßen gegen die Reichsverfassung und den Friedensvertrag. Die Reichsregierung im Einvernehmen mit der obdunkelischen Regierung legt darum schärfste Verwahrung gegen sie ein. Sie wird jeden zur Rechenschaft zu ziehen wissen, der sich, aus welchen Gründen immer, daran beteiligt oder sie fördert. — Es handelt sich natürlich um Wachenschaften der Franzosen, die auch Virensfeld dem Saargebiet einverleiben wollen.

Die Mehrheitssozialisten gegen die dauernde Beunruhigung des Volkes durch die Unabhängigen.

Berlin, 17. Juli. Dem Protest der Sozialisten Frankreichs, Englands und Italiens gegen den gewalttätigen Imperialismus der Entente am 21. 7. schließt sich der sozialdemokratische Parteivorstand an. In dem bezüglichen Aufruf an die Parteigenossen wird gegen die Pläne der Unabhängigen Front gemacht, auch diese Angelegenheit zu einer Sache gegen die bestehende Regierung und zu einer neuen Beunruhigung des deutschen Volkes zu machen.

Gegen die Verhütung der Landarbeiter.

Berlin, 16. Juli. Die „Vossische Zeitung“ erfährt, daß das Reichswehrtruppenkommando 1 in Berlin an sämtliche unterstellte Generalkommandos und Reichswehrbrigaden einen Befehl herausgegeben hat, der sie anweist, die arbeitswilligen Landarbeiter mit allen Kräften zu unterstützen und alle entbehrlichen Kräfte der Wehr für die Durchführung der Ernte und deren Heimbringung zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind Anordnungen getroffen worden, um einer verheerenden Agitation unter den Landarbeitern zu begegnen.

Kommunistische Typen.

Ein typischer Kätereipolitiker ist der vor einiger Zeit in Konstanz verhaftete Seeger. Er hat unter dem internationalen Pseudonym Lugano als Monettefahle eine Rolle gespielt und ward ein gesuchter Foxtrott-Tänzer, und sonst noch was. Während des Kriegs ist er wegen Kuppelerei und Zuhälterei in München in Untersuchung gewesen und wegen Betrugs dreimal verurteilt. Er war früher Listjunge und hat sich zum Mitglied der Wirtschaftskommission der Kätereipolitik in München angeschlossen. In dieser Eigenschaft unterzeichnete er amtliche Schriftstücke als Dr. Seeger. Den Adjutanten des Kriegsministers hat er durch Erschleichung zweier Unterschriften ins Unglück gebracht, mit den Schriftstücken große Schieberereien in Heeresgut verübt und unbekümmert um alles den Offizieren dann selbst verhaftet und als Vertreter eines der häufig wechselnden Polizeipräsidenten die Unternehmung in seiner Sache selber geführt. Dann verhaftete er.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. Juli 1918

Arbeiter- und Bauernräte.

Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeiter- und Bauernräte zugegangen. Danach kontrollieren 1. die Arbeiter- und Bauernräte die Durchführung der von der Regierung und ihren Behörden einschließlich der Kommunalverbände getroffenen Maßnahmen und Anordnungen. Gegenüber den Gemeindebehörden steht ihnen ein Kontrollrecht bei der Durchführung von Maßregeln auf dem Gebiet des Ernährungs- und Wohnungswesens zu. — 2. Die Vollzugsgewalt liegt ausschließlich in den Händen der Regierung. Die Arbeiter- und Bauernräte vermeiden jeden Eingriff in die staatliche und kommunale Verwaltungstätigkeit. Kommen die örtlichen Arbeiter- und Bauernräte zu der Ueberzeugung, daß sie in ihrer Tätigkeit für die Interessen des Volksganzen durch Organe der Staats- und Bezirksverwaltungen gehemmt werden, so sollen sie Anträge auf Abstellung der Mißstände an den Landesauschuß der Arbeiter- und Bauernräte stellen. Der Landesauschuß gibt sie an das Staatsministerium zur verfassungsmäßigen Entscheidung weiter. — 3. Die Kosten der Landesversammlung der Arbeiter- und Bauernräte, sowie die Kosten des Landesauschusses trägt die Staatskasse. Die Kosten der örtlichen Arbeiter- und Bauernräte auf dem Gebiete des Ernährungs- und Wohnungswesens trägt die Gemeinde. Die Kosten bestehen außer dem Aufwand für einen Versammlungsraum nebst dazu gehörigen Arbeitsräumen einschließlich Heizung, Beleuchtung und Reinigung und den notwendigen Ranglosten aus den Tagelöhnen für nachgewiesene Tätigkeit und gegebenenfalls den Reisekosten der Mitglieder. Bei der durch die Not der Zeit gegebenen Knappheit der öffentlichen Mittel ist dieses Tagelohn in möglichst bescheidenen Grenzen zu halten und die Zahl der Mitglieder der Räte aufs äußerste zu beschränken. Ueber die Ausgaben ist den Staats- oder Gemeindekassen genaue mit Belegen verfehene Rechnung zu stellen. Die Weiterzahlung von Staats- und Gemeindegeldern erfolgt erst nach dem Nachweis über die richtige Verwertung der vorher geleisteten Zahlungen. — (Der Entwurf ist gestern zum Gesetz geworden.)

Tarifvertrag für landwirtschaftliche Arbeiter.

Der Würt. Landesausschuß gibt bekannt: Die Vorarbeiten der Tarifverträge zwischen den landw. Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind abgeschlossen und haben zwischen den vorhandenen Kommissionen zur Einigung geführt. Die Anerkennung von Seiten der Verbände dürfte innerhalb acht Tagen erfolgen.

Aus der christlichen Forstarbeiterbewegung.

Die im vergangenen Jahre in Württemberg eingeführte Organisationsbewegung unter den Forstarbeitern hat sich seit Gründung des Bezirks Württemberg sehr gut entwickelt. Der Zentralverband der Forst- und Weinbergarbeiter Deutschlands zählt zur Zeit in Württemberg über 80 Ortsvereine. Wie aus dem Informativteil ersichtlich ist, hält der Verband am nächsten Sonntag in Neuwelles eine allgemeine Bezirksversammlung, auf welcher der jetzige Bezirksleiter Laub über die seitherige Tätigkeit des Verbandes, sowie über die zur Zeit brennenden Tariffragen referieren wird. Der Verband hat in letzter Zeit den Antrag auf Erwerbung einer allgemeinen Teuerungszulage für die Waldarbeiter eingereicht. Beim Kolleg der Umgebung veräume die äußerst wichtige Versammlung.

Natürliches Wetter am Freitag und Samstag.

Der Ausgleich der Störungen vollzieht sich jetzt rascher. Am Freitag und Samstag ist Aufhellung und Wiedererwärmung zu erwarten.

Vom Landtag.

(S.C.B.) Stuttgart, 16. Juli. In der heutigen Sitzung stand der Etat des Justizministers zur Beratung. Nach einem von dem Abg. Nesper (S.) ergänzten Ausschussantrag sollen alle Volksschichten, auch die Frauen, zum Amt als Schöffen und Geschworene, gleichmäßig herangezogen und der Gebührenbefreiung erhöht werden. Der Antrag fand im Hause keinen Widerstand. — Die vorgebrachten Wünsche befaßten sich in der Hauptsache mit der schlechten wirtschaftlichen Lage der Rechtsanwälte, mit den Ansprüchen der Kriegsveteranen, der Heranziehung der Lehrer als Schöffen zu den Jugendgerichten, der übermäßigen Beschäftigung der Richter in Zivil- und Strafsachen, der möglichst frühzeitigen Unterbrechung der

Arbeiter.
erfährt, daß das
unvollständige
Befehl heraus-
darbeiter mit
Kräfte der Be-
beimbringung zur
getroffen wor-
darbeitern zu be-
r einiger Zeit
hat unter dem
sofortige eine
ortrett-Länger,
ist er wegen
Untersuchung ge-
kraft. Er war
leider der Wirt-
München auf-
schneide er am
djunkten des
weiter Unter-
stiftlichen große
estimmert um
und als Ver-
präsidenten die
t. Dann ver-

der Eidesverweigerung vor Gericht usw. — Der Abg. Schaeff
(D. h. P.) nahm sich in warmen Worten des von der Frau
Zettin (M. S. P.) angegriffenen Justizministers Dr. Kiene
an, der sich in schwerer Stunde der Regierung in der laute-
ren Absicht zur Verfügung gestellt habe und deshalb den
vollen Dank des Landes verdiene. Der Minister sichere
weitgehende Berücksichtigung der vorgebrachten Wünsche zu, so-
weit sie nicht bereits berücksichtigt sind. Nach seinen Mitteilun-
gen hat der Krieg große Lücken, besonders in die Klasse der
höheren Justizbeamten gerissen. Vor allem wandte sich
der Minister gegen eine zu frühzeitige Pensionierung
der Richter, nicht so fast wegen der erheblichen Pensionslasten,
die dadurch dem Staat erwachsen, sondern vor allem deshalb,
weil jene Richter über eine reiche Lebens- und Berufserfah-
rung verfügen. Nach Verabschiedung des Justizetats beschäf-
tigte sich das Haus in eingehender Weise mit den Arbeiter-
und Bauernräten, die nach dem neu eingebrachten Ge-
setzentwurf als Kontrollorgane auf dem Gebiet des Er-
nährungs- und Wohnungswezens vorerst bestehen bleiben sollen.
Den Unabhängigen ging dieses Gesetz nicht weit genug, wäh-
rend die Rechte des Räteorgans überhaupt ablehnte. Das Ge-
setz wurde denn auch gegen die Stimmen der Bürgerpartei
und der Unabhängigen in dritter Lesung angenommen.
Die Entwürfe über die russischen Kriegsgefangenen sowie über
die Erlassung von vorübergehenden Regierungsanordnungen
zum Schutz der Bevölkerung und der öffentlichen Sicherheit bei
außerordentlichen Fällen wurden an den Staatsrechtlichen Aus-
schuß überwiesen. Außer einigen Anträgen steht für Morgen
der Etat des Innern und des Ernährungsministers zur Be-
ratung.

Unruhen in Tuttlingen.

(S. W.) Tuttlingen, 16. Juli. Schon ehe der Streik aus-
brach, war die Sicherheitskompanie a. l. a. m. i. e. t. worden, da
man mit einem Putschversuch und Plünderungen rechnen mußte.
Die Zusammenziehung hatte mit der Arbeitseinstellung selber
nichts zu tun. Die Verhinderung der Schussfabrikarbeiter, daß
die Mannschaften ihrerwegen zusammengezogen worden sei, führte
zu der Forderung nach Auflösung der Kompanie, die zuge-
standen wurde. Bei der herrschenden Aufregung schien es
aber nicht rätlich, den Abzug bei Tag sich vollziehen zu lassen,
und so sollten die Mannschaften bis zum Abend ruhig in ihren
Standorten „Hecht“ und Vereinshaus bleiben. Daß sie nichts
Schlimmes im Sinne hatten, beweist die Tatsache, daß die im
Vereinshaus befindlichen Waffen, Munition und Lebensmittel
abgeschickt wurden. Sie fielen auf dem Marktplatz der trawall-
stichtigen Menge in die Hände und wurden teils in die Donau
geworfen, teils fortgeschleppt. Unglücklicherweise wurde nun
auf der Hinterrseite des „Hecht“ ein Schuß in die Luft ab-
gegeben. Dies gab das Zeichen zum Angriff. Die Befehls-
geber, der man freien und ungehinderten Abzug bewilligte, wurde
überfallen und zum Teil schwer mißhandelt; ihre Gewehre
wurden ihnen entzogen und zusammengepackt oder fort-
genommen. Was in Decken und Mänteln im „Hecht“ gewesen
war, ist verschwunden. Die Krawallbrüder suchten bis abends

10 Uhr noch in andern Häusern nach Waffen und Munition,
ohne aber etwas zu finden. Bezüglich der streitigen 3 1/2 Stun-
den, wegen denen der Streik entfiel, wurde, scheint die Sache
laut „Grenzboten“ so zu liegen: Der tatsächliche Arbeits- und
sonit auch Lohnausfall während der sieben Ferientage betrug,
weil zwei Samstage hereinfielen, 52 1/2 Stunden, und diese
wurden von den Fabrikanten bezahlt. In Arbeiterkreisen rech-
nete man aber mit 7 x 8 = 56 Stunden und wollten diese
bezahlt haben, daher also der Unterschied von 3 1/2 Stunden.
Indessen hatten die Fabrikanten sich bereit erklärt, den streitigen
Betrag den heimkehrenden Tuttlinger Kriegsgefangenen
zukommen zu lassen. Schließlich haben sie die Nachforderung
bedingungslos zustanden, aber die Arbeiter wollen jetzt auch
noch die Streiktage bezahlt haben.

(S. W.) Tuttlingen, 16. Juli. Gestern abend fanden wei-
tere Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeit-
nehmern, sowie mit dem Oberbürgermeister als Vermittler auf
dem Rathaus statt, wobei eine Einigung erzielt werden konnte.
Die Arbeitgeber bewilligten den Arbeitern zur Lebenshaltung
einen außerordentlichen einmaligen Zuschuß, der nach Geschlecht
und Altersklassen festgesetzt wird. Die Arbeit wurde heute
früh in allen Betrieben wieder aufgenommen. Der gestrige
Tag ist ruhig verlaufen.

(S. W.) Stuttgart, 16. Juli. Einen Wochenlohn von 110 M.
für Ueberstunden 25 Prozent, für Sonntagsarbeit 50 Proz.
Zuschlag fordern die Stuttgarter Brauereiarbeiter. Die letzte
Lohnerhöhung war im April erfolgt. Die Brauereien geben
an, daß sie seither, weil eine Bierpreiserhöhung vom Ernäh-
rungsministerium abgelehnt wurde, mit Verlust arbeiten. Die
Unternehmen haben die Forderungen abgelehnt; erst am 1. Ok-
tober, wenn eine Uebersticht über die künftige Gerstenverteilung
möglich sei, könne über weitere Lohn erhöhungen gesprochen
werden. Die Arbeiter haben den Schlichtungsausschuß an-
gerufen.

(S. W.) Stuttgart, 16. Juli. Auf den Straßenbahnhalte-
stellen Stuttgart-Schloßplatz, Stuttgart-Hauptbahnhof oder auf
dem Perron der Straßenbahnwagen sind in den letzten Tagen
eine Reihe von Frauen und Mädchen von hinten
her, ohne daß es sofort bemerkt wurde, die Oberkleider (Mantel,
Rock, Unterrock) mit einer Schere zerschneiden worden. Wer als
Täter in Betracht kommt, konnte noch nicht ermittelt werden.

(S. W.) Heilbronn, 16. Juli. Das Jägerbataillon 13 ist
heute abend aus Müningen auf dem Hauptbahnhof eingetrof-
fen und hat seine neue Garnison Heilbronn bezogen.

(S. W.) Speisingen, 16. Juli. Dem evangel. Pfarrer von
Albingen wurde nachts eine Handgranate ins Stubien-
zimmer geworfen, die große Verletzungen anrichtete, aber nie-
mand verletzte. Der Anlaß zu dieser gemeinen und feigen Tat
soll die aufrechte vaterländische Gefinnung des Pfarrers ge-
geben haben. Im Verdacht der Täterschaft steht ein krüppel-
hafter Mensch, der nie Soldat war und nur das Werkzeug
für andere abgab.

(S. W.) Göppingen, 16. Juli. Die Holzarbeiter der
hiesigen Holzindustrie sind gestern in den Streik getreten, um
einen Lohnausgleich von 48 auf 46 Stunden durchzusetzen.
Die Arbeitgeber erklärten sich unter Zugeländnissen zu Ver-
handlungen bereit, die Arbeiter lehnten jedoch das Angebot
ab und beharren auf ihrer Forderung.

(S. W.) Göppingen, 16. Juli. Die Verfertigung der
deutschen Kriegeschiffe in Scapa Flow haben auch einige
Göppinger mitgemacht. Der Obermatrose Karl Grupp,
Sohn des Bildhauers B. Grupp (hier), hat seinen Eltern aus
englischer Gefangenschaft (vom 25. Juni) mitgeteilt, daß sie
in den letzten Wochen viel durchgemacht hätten. Er sei den
einzigsten von Göppingen und Umgebung auf dem verentem
Bangerkreuzer „Mollke“ gewesen. Von den englischen Ma-
trofen werden sie schlecht behandelt; zu 10 Mann befanden sie
sich in Zellen, wo sie bewacht werden.

(S. W.) Ulm, 15. Juli. Die Handelskammer
nahm in ihrer letzten Sitzung zu dem Wirtschaftsprog-
ramm des Reichswirtschaftsministeriums Stellung. Nach
Ansicht der Kammer wird die in diesem Programm vor-
gesehene Räteorganisation und Sozialisierung weiterer
Geschäftszweige die Unternehmungslust erstickten, Handel
und Industrie zugrunde richten und den Angestellten und
Arbeitern Steine statt Brot bieten. Die Kammer erhebt
deshalb schärfste Einsprache gegen dieses Programm,
das nun erkreulicherweise vom Reichstabinett abgelehnt
wurde. — Die Kammer behandelte dann den Geset-
zentwurf über die Betriebsräte. Sie erklärt es für
unmöglich, ehe von der Reichsregierung nicht der Plan
für die gesamte Räteorganisation vorgelegt ist, zu der
Regelung eines Teils dieser Organisation, der Betriebs-
räte, endgültig Stellung zu nehmen. Im übrigen wur-
den zahlreiche Änderungsanträge gestellt; die im Ent-
wurf den Räten zugeordneten weitreichenden Rechte und
Aufgaben fanden im allgemeinen keinen Widerspruch. Die
Mitwirkung der Betriebsräte bei der Einstellung von
Arbeitnehmern wurde aber als unvereinbar mit dem
Wohl von Industrie und der Arbeitnehmer selbst abge-
lehnt. — Dem Schwabentapitel bewilligte die Kammer
einen Betrag von 200 M.

(S. W.) Tettnang, 17. Juli. Am letzten Kirchentag
in Langenargen wurden 26 Zentner Kirshen gebackt. Der
Preis stellte sich auf 70 P das Pfund und zeigt eine fallende
Tendenz.

(S. W.) Ravensburg, 16. Juli. Gestern nacht wurde bei
Uhemacher Schultes eingebrochen und aus dem Schau-
fenster Gegenstände im Wert von etwa 15 000 M entwendet.
Der Dieb ist unter Mitnahme eines Fahrrads verschwunden.
Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw,
Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Versorgung Calw.

Am Freitag, den 18. ds. Mts. wird
auf der Freibank in der Reihenfolge der
Protokollenabgabe amerik. Schweine-
fleisch verkauft, das Pfund zu Mk. 2.50.
Lebensmittelbücher sind mitzubringen.
Die auf Buttermarke Nr. 8 bestellte
Butter kann gekauft werden.

Gechingen N. Calw.

Nadelstammholz- Verkauf.

Aus den Gemeindeforsten Diefwald, Kohnplatte, Hilsen-
tal, Hofacker und Bergbösch kommen in schriftlichem Auffreid
zum Verkauf:
758 Tannen, 63 Fichten, 36 Föhren mit Fehm.: Langholz:
32.45 I., 97.47 II., 46.06 III., 85.50 IV., 116.85 V., 17.33
VI. Sägholz: 14.51 I., 13.97 II., 1.19 III. Kl.
Die unterzeichneten Angebote in ganzen und Zehnel-
Prozenten der staatlichen Larpreise von 1919, ausgedrückt, sind
verschlossen und mit der Aufschrift „Angebote auf Stammholz“
bis Freitag, den 25. Juli d. Js., nachmittags 6 Uhr beim
Schultheßenamt einzureichen. Der Zuschlag erfolgt sofort.
Losverzeichnisse von Forstwart Dürer hier erhältlich.
Gemeinderat: Bork. Schmidl.

Gute Hosenträger

in allen Preislagen.
Paul Ränchle,
vorm. J. Steudle
Calw am Markt.

Frische Sendung Kirshen

eingetroffen.
Frau Ott, Salzgasse.

Buztücher Staubtücher Lederschwämme echte Gummisauger u. Schnuller

empfiehlt
H. Felhweg.

Abgabe der Wäschestücke

am Freitag, den 18. Juli 1919 vormittags 8—10 Uhr
im Zimmer 8 gegen Barzahlung.
In Bestellen, Wolldecken, Tischen, Schmel u. s. w. sind
noch Vorräte vorhanden und werden an jedermann abgegeben.
Den 16. Juli 1919.
Stadtpflege: Frey.

Remningen N. Leonberg.

Die hiesige
Winter-Schafweide,
welche mit 400 Stück befahren werden
kann, wird am Montag, den 28. Juli
1919, vormittags 11 Uhr, auf dem Rathaus öffentlich
verpachtet.
Gemeinderat.

Warnung.

Mein grauer Pintscher

wurde mir gestern von einem
Unbekannten
entführt.
Vor Ankauf wird gewarnt.
Um sachdienliche Mitteilung
darüber erucht
Bühler, zur „Krone“,
Altburg.

Einmoseheim. Ein Läufer- Schwein

(Varg) verkauft
Melchior Gädle.

Echte Remy- Reiß-Stärke

in Stücken u. in ca 4—5 Pfd.
Original-Paketen p. Pfd. 18 M.
echten Borag
in Stücken u. in ca 4—5 Pfd.
Original-Paketen p. Pfd. 18 M.
F. Maier, Frankfurt a. M.
Niederuau 24.

Einem wachsamem weisen Spikerhund

verkauft
Jakob Kober, Stammheim
beim „Köhle“.
Schmieh.
Eine 25 Wochen trächlige

Kalbin

guter Abstammung, verkauft
Gotthilf Reinhard.

Geflügelweichfutter Leimgallerie-Futter

(40—50% eimeißhaltend)
Vogelfutter
ist eingetroffen.
Säcke wollen mitgebracht werden
D. Jung, Landesprodukte.

Haararbeiten

werden rasch und solid ange-
fertigt bei
W. Mithsels,
Friseurgeschäft.

Zur Einmachzeit empfehle ich Eindünn-Apparate

Eindünnfläsker
Saffflaschen
Einmachgläser
Geleegläser
Honiggeläser
Steinzeugtanden
Sastpressen
Dörrapparate
Pergamentpapier.
Eugen Dreiß.

Ein Posten Sandalen und Spangenschuhe

gute Qualität, v. Größe 25—42
neu eingetroffen.
Frau Haar, Bad Teinach.

Röhm-Dalcolmo verkauft heute schöne Kirshen

das Pfund von 80 Pfg.
bis 1.20 Mk.

Salon-Kuchentahren

nach 45 Stück Friedensfabri-
kate mit Reimessingwerk, tief-
stönendem Kuchentäruß u. Schlag-
werk, wunderbare Holzblö-
bauerel, Ketten und bronzierten
Lammzapfengewichten verfen-
det mit 10 Jahre schriftl. Ga-
rantie das Stück zu 62 Mk.
F. Brünz, Uhrmacher,
Mochenwangen, i. Württ.

Unterzeichnet verkauft am
Freitag mittag 1 Uhr 6 Stk.
Bau- u. Wagnereichen
im Ort.
Melchior Dongus, Schäfer,
Dekensproun.

Zu kaufen gesucht.

Ein
Fabrikgebäude
mit etwa 500—600 qm Ar-
beitsraum, möglichst mit an-
schließendem
Einfamilien-Haus.
Angebote unter St. 541 an
an die Geschäftsstelle des Bl.

Ein
Kinderbettlade
1.50 Meter lang. Einen fast
neuen 1.80 Meter langen
Bettrost
mit Keil, ein wenig getragener
weisses
Kleid
verkauft
Desterlin, Hirsau.

2—3 Meter buchenes
Holz
sucht zu kaufen
Jakob Bär, Heizer,
Inselstr. 231.

Gute Stroh säcke

Mk. 5.20 das Stück.
Paul Ränchle,
vorm. J. Steudle
Calw am Markt.

Calw, Badischer Hof.

Freitag, den 18. Juli 1919, abends
8 Uhr:

Die schöne Müllerin.

Liederzyklus von Wihl. Müller,
komponiert von Franz Schubert, vorgelesen von

Fritz Haas

Prolog und Epilog, sowie die nicht komponierten
Gebichte werden von Frau Elise Haas gesprochen.
Am Flügel: Hermann Keller, Stuttgart.

Eintrittskarten zu Mk. 2.50, Mk. 2.— und Mk. 1.50.
Kartenvorverkauf
in der Häußler'schen Buchhandlung.

Nähmaschinen



System:
Lang-, Schwing-,
Ring- und Rundschiff.
Auch in versenkbarer Aus-
führung mit 2 od. 4 Schub-
laden. Eisengestell. Möbel-
teile in Nußbaum, poliert
oder eichen.

Nur erstkl. Fabrikate mit weitgehendster Garantie
empfiehlt in reichster Auswahl

Friedrich Herzog, Maschinenhandlung und
Reparaturwerkstatt.

Geschäftsverlegung und Empfehlung.
Einer werien Einwohnerschaft und Kundschaft
von hier und Umgebung zur gefälligen Kenntnis-
nahme daß ich mein
Geschäft
von der Nonnengasse
nach Bischoffstraße 466 verlegt habe.
Indem ich für das mir bisher entgegenge-
brachte Vertrauen bestens danke, bitte ich mir
daselbe auch fernerhin bewahren zu wollen.
Hochachtungsvoll
Gottlieb Bacher, Schneidermeister.

Heidelbeeren

kauft jedes Quantum
Christian Ruenzlen,
Fruchtsaft- und Marmeladen-Fabrik mit Dampftrieb,
Sulzbach a. d. Murr.

Zur Zusammengärung
mit Johannisbeer, Heidelbeer und Stachelbeeren eignet
sich vorzüglich
Rufs Kunstmooftansatz
mit Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff.
Stellen Sie Ihr Hausgetränk nach folgendem Rezept her
und Sie erhalten ein Getränk, das Sie selbst überrascht.
Zur Herstellung von 150 Liter:
25 Pfund frische Beeren
10-12 Pfund Zucker
1 Flasche Rufs Kunstmooftansatz mit Heidelbeerzusatz
und mit Süßstoff zu 100 Liter zu Mk. 17.—
Genauere Anweisung liegt den Flaschen bei.
Rob. Ruf, Ettlingen, Heidelbeer-Verband.

Zentralverband der Forst- Land- u. Weinbergs-
arbeiter Deutschlands. Bezirk Württemberg.

Walbarbeiter - Versammlung.

Am Sonntag, den 20. Juli nachm. 2 Uhr
findet im Gasthaus zum „Ablen“
in Neuweiler

für alle Walbarbeiter der Forstämter, Simmers-
feld, Hoffstett, Meistern und Enzklösterle eine
sehr wichtige allgemeine

Bezirks-Versammlung

statt. Tagesordnung:
1. Berichterstattung über die Tätigkeit des Zentralverbandes in
den Lohnfragen.
2. Stellungnahme und Anträge zum Walbarbeiterarif.
Zu dieser sehr wichtigen Versammlung sind alle organi-
sierten und nichtorganisierten Walbarbeiter der genannten Forst-
ämter und sämtliche Kollegen der umliegenden Orte freundlichst
eingeladen.

Laub Bezirksleiter.

Leinene und halbleinene blaue Arbeitsanzüge

zu Mark 15.— bis Mark 20.— empfiehlt
Paul Räuchle, vorm. S. Stendle,
Calw am Markt.

Uhren Goldwaren

Friedr. Schwämme, Bad Teinach.

Dreschmaschinen, Putzmühlen

Sutter Schneidmaschinen
und Transmiffionen
sowie
Brennholzkreislagen
empfiehlt

Gg. Wachenhuth Maschinenwerkstätte.

Laufmädchen

auch jüngeres, schulpflichtiges,
für einige Stunden im Tage
bei gutem Lohn gesucht.

Frau Hauptm. Fortenbach,
Bischoffstraße 493 II.

Suche auf sofort oder 1. Au-
gust ein tüchtiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit,
ebenfalls ein

Zimmermädchen

welches gut nähen kann.
Frau M. Schuler, Pforz-
heim, Luisenstr. 54, 2. St.

Schöne

Kirschen

eingetroffen.

Friedrich Pfeiffer, Vorkstadt.

Auf 1. August oder später
wird ein fleißiges, jüngeres

Mädchen

gesucht, das zu Hause schlafen
kann.

Bischoffstr. 499, 1. St. links.

Suche auf 1. oder 15. Au.g
tüchtiges, gediegenes

Mädchen

aus ordentlicher Familie, das
die Hausarbeit versteht und
etwas kochen kann, in größeren
christlichen Haushalt. Einfa-
milienhaus mit Garten.
Angebote mit Zeugnis und
womöglich Bild an

Frau Brantmann,
Ahnigsfeld,
Badischer Schwarzwald.

Mädchen od. Frau

für einige Stunden täg-
lich gesucht.

E. Münzle, Haus Bethanien.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekanntte zu unserer am Samstag, den 19. Juli
1919, stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Löwen“ in Schömberg
freundlichst einzuladen.

Wilhelm Better, Metzger,
Oberreichenbach.

Rosa Umber, geb. Ehms,
Schömberg.

Nachgang um 11 Uhr.

Wir bitten dies als persönliche Einladung
annehmen zu wollen.

Geschäftsverlegung.

Mein Geschäft befindet sich jetzt
im Hause des Herrn Fabrikmeisters
M. Weik neben Stickers Uhrengeschäft

Badstraße

und bitte melne werden Kunden in Stadt und Land
auch fernerhin um geneigtes Wohlwollen.

Julie Schimpf.

Erf. Schreibhilfe

(junger Herr oder Dame) völlig perfekt in Steno-
graphie, mit guter Schulbildung, nur gute Hand-
schrift, gegen hohes Gehalt für einige Stunden
täglich für sofort gesucht.

Angebote mit Gehaltsansprüchen und Lebenslauf unter
E. B. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. erbeten.

Tüchtige Bruchstein-Maurer

steht sofort ein

Fr. Wöhner, Maurermeister, Pforzheim-Brüdingen, Hügelstr. 82

Margarine-Vertretung.

Eine große rheinische Margarinefabrik sucht für Calw
und Umgebung einen tüchtigen und arbeitsfreudigen, bei
Kolonialwarenhändlern, Bäckermeistern, Einkaufsvereinen
gut eingeführten Vertreter. Beginn der Tätigkeit nach
Freigabe des Handels.

Nur wirklich geeignete Herren, welche über beste
Empfehlungen verfügen, werden gebeten, sich unter An-
gabe von Referenzen unter N 4069 durch die Haafen-
stein & Bogler A.-G. Stuttgart zu melden.

Energischer, arbeitsfroher Kaufmann,

25 Jahre alt, bisher tätig in Engros-Gütern der Textilbranche
sucht

gestützt auf 12. Zeugnisse

Lebensstellung.

Angebote erbeten an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter N 26.

Ein kräftiger 15 Jahr alter
Junge

sucht Stelle

auf Landwirtschaft.

Zu ertragen in der Geschäfts-
stelle des Blattes.

Fleißiger Knecht sucht für

sofort Stelle.

Zu ertragen in der Geschäfts-
stelle des Blattes.

Ein ordentlicher

Junge

der Lust hat die Bäckerei zu
erlernen, wird sof. angenommen
Wöhner, Bäckermeister,
Pforzheim, Altstädterstr. 7.

Existenzsuchende
wenden sich mit Rückporto an
N. Stampader, München 28/60.

Mädchen-Gesuch.

Fleißiges

Küchenmädchen

für sofort gesucht.

Wohlfleber, zum Lamm,
Bad Liebenzell.